

GROSSER RAT AARGAU

Postulat der Fraktion der SP (Sprecherin Elisabeth Burgener, Gipf-Oberfrick) vom 10. Januar 17 zu den angekündigten Schliessungen der Poststellen

Text:

Der Regierungsrat wird aufgefordert, sich gegen Poststellenschliessungen zur Wehr zu setzen, sollten sie zu einem Abbau des Service public in den Gemeinden führen. Zudem soll geprüft werden, wie Gemeinden frühzeitig in den Prozess eingebunden werden können, um nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Begründung:

Ende Oktober hat die Post angekündigt, dass sie 500 – 600 Poststellen schliessen wird. Für diese Schliessungspläne will sie nun auch die Kantonsregierungen einspannen. Die Gespräche sind am Laufen. Grund für diese Gespräche dürfte sein, dass die Post zunehmend Schwierigkeiten hat, Poststellenschliessungen durchzusetzen und der Widerstand in der Bevölkerung und in den Gemeinden grösser wird. Ein Feilschen zwischen den Kantonen und den Gemeinden um die letztlich verbleibenden Poststellen zeichnet sich also ab. Es dürfte zu Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen den verschiedenen Staatsebenen kommen. Vielen Kantonen, Städten und Gemeinden ist klar, dass der Abbau von Poststellen einer weiteren Reduktion des Service public gleichkommt.

Die von der Post beworbene Agenturlösung ist keineswegs ein Ersatz für eine klassische Poststelle. Postagenturen können aktuell unter anderem keine Barauszahlungen tätigen, keine Gerichts- und Betreuungsurkunden aushändigen und keine Kontoeröffnungen vornehmen. Einer der Hauptnachteile von Agenturen ist der Paketversand, der am Wachsen und gerade für die lokalen KMUs wichtig ist. Auch Massenversände von Geschäftskunden und Vereinen, Promopost oder unadressierte Mailings sind ebenfalls nicht vorgesehen. Meist ist nicht einmal das „Münzwechseln“ möglich. Damit würden Gemeinden ohne Poststelle klar benachteiligt, was eine hohe regionalpolitische Relevanz hat.